FDP fordert jetzt eine Bundesratsinitiative zum "günstigen Erhaltungszustand"

Hermann Grupe befürchtet im kommenden Jahr allein in Niedersachsen 500 Wölfe

Freitag 25. September 2020 - **Eschershausen** / **Hannover (wbn). Der heimische Landtagsabgeordnete aus Eschershausen, Hermann Grupe (FDP), befürchtet im kommenden Jahr allein in Niedersachsen 500 Wölfe. Er hat deshalb eine Bundesratsinitiative zum „günstigen Erhaltungszustand des Wolfes“ gefordert.**

"Es ist ja schön, dass Ministerpräsident Weil sich für ein energischeres Vorgehen gegen den Wolf ausspricht. In der Realität schieben aber die Regierungsfraktionen notwendige Entscheidungen seit Jahren vor sich her. Sie kündigen regelmäßig neue Vorhaben an, die Ergebnisse bleiben jedoch aus", kritisiert der landwirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Hermann Grupe.

Fortsetzung von Seite 1 Vorschläge der FDP-Fraktion lägen seit langem vor. Diese würden von den Regierungsfraktionen jedoch auf die lange Bank geschoben oder sogar in den Ausschüssen bekämpft. Grupe: "Wer, wie die niedersächsische CDU-Fraktion, an den Bund appelliert, den günstigen Erhaltungszustand festzustellen, muss seinen Worten auch Taten folgen lassen. Wir werden deshalb im Landtag eine Bundesratsinitiative beantragen, damit der Bund den günstigen Erhaltungszustand des Wolfs endlich feststellt."

Der günstige Erhaltungszustand ist eine Voraussetzung, um den Wolfsbestand aktiv zu regulieren. Grupe erläutert die weiteren Schritte: "Der Wolf muss ins Jagdrecht und er muss aktiv reguliert werden. Wir müssen die Zahl der Wölfe auf ein vernünftiges Maß bringen. Frankreich ist zehnmal größer als Niedersachsen und begrenzt den Wolfsbestand auf 500 Tiere. Wenn der Wolf sich bei uns weiter ungehindert ausbreitet, werden wir im kommenden Jahr allein in Niedersachsen 500 Wölfe haben. Es ist also höchste Zeit, zu handeln." Zusätzlich zur Bestandsregulierung sollten wolfsfreie Zonen eingerichtet werden, in denen die Raubtiere gar nicht geduldet würden. Grupe will so Weidetiere, zum Beispiel an Deichen, vor Wolfsangriffen schützen. Er sagt: "Die Weidetierhaltung ist durch die unkontrollierte Vermehrung der Wölfe besonders schwerwiegend betroffen. Selbst Übergriffe auf Pferde nehmen zu. Gestern erst haben die CDU und die SPD-Fraktion im Landwirtschaftsausschuss den niedersächsischen Schafhaltern weitere Hilfen verweigert und unseren Antrag dazu abgelehnt. Es wird Zeit, dass etwas zum Schutz der Weidetierhaltung unternommen wird."

Hintergrund: In einem Bild-Interview erklärte Ministerpräsident Weil, dass er ein energischeres Vorgehen gegen Wölfe befürworte. Gleichzeitig fordert die CDU-Fraktion, dass Bundesumweltministerin Schulze dafür sorge, dass der günstige Erhaltungszustand der Wolfspopulation endlich offiziell anerkannt wird. Um die Grundlage dafür zu schaffen, wird die FDP-Landtagsfraktion nun eine Bundesratsinitiative beantragen.